

ÖSTERREICHISCHE BauernPost

DIE UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM

Die Agrarwende seit 2016 – sozial und ökologisch



Das Jahr 2016 war ein entscheidender Einschnitt für die österreichische Landwirtschaft. Seit die PartnerInnen der „Wir haben es satt!“-Plattform die Agrarwende eingeläutet haben, scheint das Land im Umbruch zu sein. Der Kurswechsel in der europäischen Agrotreibstoffpolitik und das Scheitern der CETA- und TTIP-Verhandlungen waren erst der Anfang eines umfassenden Umdenkens hin zu einer Agrarwende – sowohl ökologisch als auch sozial. Statt Wachsen oder Weichen ist das gemeinsame Ziel aller AkteurInnen nun eine Landwirtschaft, die Bauern und Bäuerinnen ein angemessenes Einkommen ermöglicht. Eine Landwirtschaft, die mit ihren Grundlagen, den natürlichen Ressourcen, nachhaltig und wertschätzend umgeht. Eine Landwirtschaft, die weder Tiere noch Menschen ausbeutet und auch nicht auf Kosten von Menschen in anderen Teilen der Welt produziert und exportiert. Kurzum, eine Landwirtschaft, die auf Ernährungssouveränität basiert.

Auf dem Weg zu Ernährungssouveränität stehen wir jedoch ständig vor neuen Herausforderungen. Wie kann die bestehende Infrastruktur, die durch den Prozess des Wachstums und Weichens entstanden ist, in eine kleinbäuerliche Struktur umgebaut werden, in der auch die Bedürfnisse der Bauern und Bäuerinnen, der KonsumentInnen sowie der Tiere und die Ansprüche des Bodens berücksichtigt werden? Wie kann Wissen über klimaverträgliche und agrarökologische Anbaumethoden geteilt werden? Wie können Ort geschaffen werden, an denen sich Menschen treffen und sich gemeinsam darüber einigen können, wie sie ihre Region und Gemeinde in Zukunft gestalten können? Wie können wir Menschen, die aus den unterschiedlichsten Regionen dieser Erde kommen, um ein gutes Leben zu führen, wirklich auf Augenhöhe begegnen und voneinander lernen?

Um diese Herausforderungen meistern zu können, braucht es Solidarität und Mut, Einsatzbereitschaft und



Anfang 2016 wurde in Wien die Agrarwende eingeläutet.

Foto: Christoph Liebenritt

Kreativität, Erfahrungsaustausch und Lernbereitschaft aller Beteiligten. Es sind aber auch veränderte politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen notwendig. Seit der Agrarwende, die von der Plattform „Wir haben es satt!“ 2016 eingeläutet wurde, brechen verkrustete Strukturen langsam auf. Altgediente und liebgewonnene politische Feindbilder zerbröseln und EntscheidungsträgerInnen, in der Landwirtschaft Aktive und engagierte BürgerInnen, besinnen sich auf gemeinsame Ziele und ziehen an einem Strang, wenn es darum geht, die Landwirtschaft ökologischer und sozial gerechter zu gestalten.

Gemeinsame Lebensmittelpolitik (GLP)

Schon Anfang 2017 war erkannt worden, dass es zukünftig nicht nur eine Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), sondern eine Gemeinsame Lebensmittelpolitik (GLP „Common Food Policy“) der EU geben muss. Wer unter welchen Umständen unsere Lebensmittel produziert, geht alle BürgerInnen etwas an, nicht nur die Bauern und Bäuerinnen. Die Lebensmittelherstellung wiederum wird nicht nur von der Agrarpolitik im klassischen Sinn beeinflusst, sondern von zahlreichen anderen gesetzlichen Rahmenbedingungen wie z. B. Hygienrichtlinien, Gesundheitspolitik,

Bodenpolitik, Umwelt, Klima- und Energiepolitik, Handelspolitik etc. Es war daher höchst an der Zeit, aus der sektorellen Engstirnigkeit einer GAP hin zu einer GLP zu gelangen. Seit dem Jahr 2020 sind nun die neuen Richtlinien in Kraft – erste positive Auswirkungen waren unmittelbar zu verzeichnen.

Es geht aufwärts!

Schon seit dem Beginn der Agrarwende im Jahr 2016 steigt die Zahl der Bäuerinnen und Bauern, nicht zuletzt aufgrund der Unterstützung in der außerfamiliären Hofübergabe durch die Plattform „Perspektive Landwirtschaft“. Die Eröffnung eines ersten Bio-Sozialladens in Linz und die Unterzeichnung des Milchmanifests waren wichtige Schritte hin zu solidarischen und gerechten Beziehungen zwischen BürgerInnen und Produzierenden. Die radikale Reform der Grundverkehrskommissionen eröffnete den Zugang zum Common Boden für alle in Österreich ansässigen Menschen. In zahlreichen Gemeinden entstehen Begegnungszentren für Frauen

am Land, in denen sie einander stärken und gemeinsame Ideen entwickeln können wie ein *Gutes Leben für alle* aussehen könne. TierhalterInnen haben sich zu bäuerlichen Zuchtgemeinschaften zusammengeschlossen, um die Tierzucht wieder selbst in die Hand zu nehmen und für die bäuerliche Landwirtschaft taugliche Parameter in den Vordergrund zu stellen.

Auch auf europäischer und globaler Ebene wurden große Schritte in Richtung Ernährungssouveränität getan. Die Richtlinien zur Klimaneutralität, das UN-Abkommen zur Regulierung transnationaler Konzerne, die Einführung eines neuen Risikobewertungssystems für Pestizide seitens der EU, die Schritte hin zur mehr Marktregulierung, ... tragen dazu bei, dass die bäuerliche Landwirtschaft gestärkt wird. Denn die Frage „Wer wird uns morgen versorgen?“, die bereits 2017 anlässlich der Wintertagung des Ökosozialen Forums heftig diskutiert wurde, wird von der Mehrzahl der BürgerInnen eindeutig beantwortet: „Die Bauern und Bäuerinnen und nicht die Agrarindustrie!“

is, jf

WIR HABEN ES SATT!

Eine neue Agrar- und Ernährungspolitik
JETZT!

www.wir-haben-es-satt.at
WirhabenessattAustria



Foto: FIAN

EU-Wettbewerbskommission erteilt Bayer-Monsanto-Deal Absage

Wie in einer Pressekonferenz Freitagabend bekanntgegeben wurde, hat sich die EU-Wettbewerbskommissarin Margarethe Vestager gegen eine Übernahme von Monsanto durch Bayer ausgesprochen. Die Fusion zwischen den beiden Agrarchemieriesen Monsanto und Bayer wird damit nicht zustande kommen. Nicht nur sei die Sorge um eine weiter zunehmende Wettbewerbsverzerrung im Agrarsektor berechtigt, sondern es stelle sich auch die Frage nach den Auswirkungen dieses Deals auf die Überlebensfähigkeit kleinbäuerlicher Betriebe, so Vestager.

Die EU-Kommissarin zeigt sich damit überraschend offen und schließt sich der Kritik kleinbäuerlicher und Umweltschutz-Organisationen an, welche in den vergangenen Monaten seit der Annahme des 66 Milliarden Dollar schweren Übernahmeangebots von Bayer an Monsanto vor den Folgen einer Fusion gewarnt haben.

Schon jetzt kontrollieren die sechs größten Unternehmen im landwirtschaftlichen Sektor – BASF, Bayer, Dow Chemicals, DuPont, Monsanto und Syngenta – 60 Prozent des internationalen Saatgutmarktes und mehr als 75 Prozent der weltweiten Verkäufe von Pestiziden und Dünger. Eine zunehmende Konzentrierung einiger weniger Konzerne in diesem Bereich erhöht den wirtschaftlichen Druck auf Bauern und Bäuerinnen und verringert deren Entscheidungsmöglichkeiten, was die Beschaffung von Saatgut, Düngemitteln und Pestiziden angeht.

Ähnliche Urteile für die Fusionen Dow-DuPont und ChemChina-Syngenta erwartet

Der Bayer-Monsanto-Deal ist allerdings nur eine von drei großen Fusionen, die in den letzten Monaten angekündigt wurden. Im Dezember 2015 haben Dow Chemicals und DuPont ihre Fusionsbestrebungen im Wert von 120 Milliarden Dollar publik gemacht, während wenige Mo-

nate darauf Syngenta ein 43 Milliarden Dollar-Übernahmeangebot von ChemChina angenommen hat.

Der Kauf von DuPont durch Dow Chemicals in den USA und des Schweizer Saatgut- und Pestizidriesens Syngenta durch den staatlich geführten Konzern ChemChina stehen jetzt jedoch auf dem Messer der Schneide. Denn in den US-amerikanischen Kartellbehörden und in der Schweiz wurden bereits Stimmen laut, die sich ebenfalls gegen eine weitere Zunahme der Konzentration von transnationalen Konzernen im Agrarsektor ausgesprochen haben. In den kommenden Monaten wird mit einem Urteil in der Causa Dow-DuPont gerechnet, die Absage des Deals zwischen ChemChina und Syngenta scheint nahezu festzustehen.

Österreichische Regierung will Programm zu Saatgutsouveränität ausarbeiten

Die gescheiterte Übernahme von Monsanto durch Bayer wird aber auch hierzulande weite Kreise ziehen. Auf Nachfrage der BauernPost im BMBZ (Bundesministerium für eine bäuerliche Zukunft) will die Regierung als Antwort auf die Absage des Bayer-Monsanto-Deals noch im Februar eine Kommission ausrufen, welche sich um die Ausarbeitung eines Programms zur Förderung von Saatgutsouveränität (PFS) kümmern soll.

Mit der Initiative will man einer Entwicklung entgegensteuern, die bereits in den letzten Jahrzehnten in die falsche Richtung geführt haben. „Dass österreichische Betriebe von dem Saatgut einiger weniger transnationaler Unternehmen, und damit von willkürlichen Preissteigerungen und einer Eingrenzung auf nur wenige industrielle Sorten abhängig sind, haben wir schon viel zu lange zugelassen“, so eine Sprecherin des Ministeriums. Im Programm zur Förderung von Saatgutsouveränität (PFS) würden vor allem alte, samen-



Saatgutsouveränität bedeutet mehr Artenvielfalt bei den Produkten sowie geringere Abhängigkeit der Bauern von der Agrarindustrie.

Foto: Birkner

festen und robuste, an lokale Standorte angepasste Sorten gefördert und weitergezüchtet werden. „Das Programm soll nicht nur der Entwicklung einer widerstandsfähigen kleinbäuerlichen Landwirtschaft hierzulande zugutekommen, sondern sich auch den

gegebenen Umweltveränderungen wie verlängerten Dürreperioden und zunehmenden Wetterextremen annehmen. Wir wollen damit unseren Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel leisten“, so die Sprecherin weiter.

EU-Kommission kündigt neues Risikobewertungssystem für Pestizide an

Gesundheitskommissar Vytenis Andriukaitis kündigte vergangene Woche in einer Aussendung eine komplette Erneuerung des Risikobewertungssystems für Pestizide an. Das bisherige System biete AnwenderInnen und KonsumentInnen keinen ausreichenden Schutz, so der Kommissar. Die Plattform „Wir haben es satt!“ begrüßt den progressiven Schritt. Vor allem BäuerInnen und LandarbeiterInnen sind Pestiziden nach wie vor in großen Mengen ausgesetzt. Besonders stark betroffen sind Beschäftigte in Gewächshäusern, das belegen auch Studien über Pestizid-Konzentrationen in Blut und Haaren eindeutig.

In den letzten 65 Jahren hat sich die Bevölkerungszahl auf unserem Planeten verdoppelt. Die Ackerflächen zur Ernährung dieser Menschen sind jedoch lediglich um 10 Prozent gewachsen. Der Druck, Nahrungsmittel zu geringen Preisen bereitzustellen, ist enorm. Zugleich erregt der Zustand der Anbauflächen noch immer Besorgnis, da der Boden durch chemieintensive und agroindustrielle Produktionsmethoden seiner Nährstoffe beraubt wird. Zur kurzfristigen Lösung dieses Problems verließ man sich jahrzehntelang auf den intensiven Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden.

Seit den 1950er-Jahren kamen synthetische Pestizide in der industriellen Landwirtschaft weltweit in großem Umfang zum Einsatz. Im Lauf der Zeit haben viele dieser Chemikalien infolge ihrer großflächigen und häufigen Anwendung oder aufgrund ihrer Umweltpersistenz tief in unsere Umwelt eingegriffen. Einige werden derart langsam abgebaut, dass selbst seit Jahrzehnten verbotene Chemikalien – darunter DDT – auch heute noch immer wieder in der Umwelt nachgewiesen werden.

Doch gesundheitsschädliche Pestizide sind kein reines Schreckgespenst lang vergangener Zeit, sondern waren bis heute nach wie vor weit verbreitet. So zum Beispiel das neurotoxische Insektizid Chlorpyrifos. Es ist nicht nur gefährlich für viele Nützlinge wie z. B. Bienen, sondern wurde von Studien



Die EU sagt dem Pestizideinsatz den Kampf an.

Foto: FIAN

zur öffentlichen Gesundheit auch mit zahlreichen Krebsarten, Entwicklungsstörungen bei Kindern, neurologischen Funktionsstörungen, der Parkinson-Krankheit und Hypersensibilität in Zusammenhang gebracht.

Bisherige Risikobewertung unzureichend

Die Erforschung der Auswirkungen von Pestiziden hat in den vergangenen 30 Jahren stark zugenommen. Inzwischen ist klar, dass diese Auswirkungen weitreichend und vielfältig sind. Studien verdeutlichen statistische Zusammenhänge zwischen der Pestizidexposition und einem höheren Risiko für Fehlentwicklungen, für neurologische und immunologische Störungen sowie einige Krebsarten.

Ein definitiver Nachweis, dass die Exposition des Menschen gegenüber einem bestimmten Pestizid zu einer spezifischen Krankheit führt, ist nach wie vor schwer zu erbringen. Noch immer gibt es keine Bevölkerungsgruppen, die Pestiziden überhaupt nicht ausgesetzt sind. Hinzu kommt, dass die meisten Krankheiten auf eine Reihe von Ursachen zurückzuführen sind. So sind Bewertungen der öffentlichen Gesundheit eine enorm vielschichtige Angelegenheit. Darüber hinaus sind die meisten Menschen in ihrem Alltag komplexen und sich stets verändernden Chemikaliengemischen ausgesetzt, die nicht nur Pestizide umfassen.

Bei der Risikobewertung für Pestizid-Rückstände in Lebensmitteln

Jetzt ist die Zivilgesellschaft gefragt

AkteurInnen aus der Zivilgesellschaft zeigen sich indessen erfreut und begrüßen den Vorschlag des Ministeriums. „Das Bundesministerium für eine bäuerliche Zukunft ist bereits an uns herantreten und hat uns zur Teilnahme am Prozess zur Ausarbeitung eines Programms zur Förderung von Saatgutsouveränität eingeladen. Gemeinsam mit anderen Organisationen und Netzwerken der Zivilgesellschaft werden wir ein Programm erarbeiten, das den vielfältigen Wünschen und Bedürfnissen der vielen Bauern und Bäuerinnen hierzulande genauso wie denjenigen der KonsumentInnen entspricht“, so eine der SprecherInnen der „Wir haben es satt“-Plattform. „Mit diesem Programm wollen wir mit dem Diktat der transnationalen Konzerne brechen, welche sich in den vergangenen Jahren eine einzigartige Vormachtstellung in der vor- und nachgelagerten Produktion von Lebensmitteln angeeignet haben. Damit ist jetzt Schluss, denn jetzt ist die Zivilgesellschaft gefragt.“

st, mk

Soli-Abo bestellen und Südwind-Magazin retten!

Seit 37 Jahren erscheint das **Südwind-Magazin** und wurde der ersten Ausgabe an aus Mitteln der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit gefördert um **Qualitätsjournalismus** jenseits von Verkaufszahlen zu gewährleisten. Diese finanzielle Unterstützung soll mit Jahresende 2016 eingestellt werden. Damit ist die **Existenz des Südwind-Magazins in großer Gefahr!**

Sichern Sie jetzt den Fortbestand des Südwind-Magazins mit einem **Solidaritäts-Abo** (€ 168,-), das Sie auch verschenken können, und erhöhen Sie so das **Weltbewusstsein** in unserer Gesellschaft!



Südwind magazin
Internationale Politik, Kultur und Entwicklung

www.suedwind-magazin.at | +43 1 405 55 15

SÜDWIND
Wien

Milch-Manifest wird umgesetzt!

Der von über 70.000 Menschen besuchte Dokumentarfilm „Bauer unser“ von Regisseur Robert Schabus gab dann noch den letzten Ausschlag. Der Druck aus der Gesellschaft wurde so groß, dass Veränderungen für eine nachhaltige Ernährungspolitik im Sinne der „Wir haben es satt“-Plattform von der Politik auf den Weg gebracht werden mussten. Zur großen Freude, speziell der ÖBV-Via Campesina Austria, der Grünen Bäuerinnen und Bauern (GBB) und der IG-Milch, aber auch der zahlreichen UnterstützerInnen, wurde von allen Parlamentsparteien in einem ersten Schritt die Umsetzung des Milch-Manifestes angeordnet. Dieses war unter großem Medienrummel Ende März 2016 präsentiert worden. Damit wurde ein Grundstein gelegt. Kontinuierliches jahrelanges Arbeiten, Netzwerken und Lobbyieren der „Wir haben es satt“-Plattform im Hintergrund hatte sich bezahlt gemacht und bereitete den Weg so weit vor, dass „Bauer unser“ den Umschwung brachte. Die Punkte des Milch-Manifestes werden seit 2017 auf gesetzlicher Basis kontinuierlich umgesetzt, überwacht und in leitenden Funktionen vorangetrieben von ÖBV, GBB und IG-Milch. Dies ist nur ein erster Schritt, der in ähnlicher Form auf alle Branchen der Landwirtschaft ausgeweitet werden soll.

MILCHMANIFEST

(Verabschiedet von IG Milch, ÖBV-Via Campesina Austria und GBB im März 2016, seit 2017 in Umsetzung begriffen)

Der Milchmarkt ist in einer schweren Krise, ohne Aussicht auf Besserung. Das Abschaffen der Milchquote mit 1. April 2015 hat zu einer vorhersehbaren Überproduktion geführt und die Milchpreise auf Talfahrt geschickt. Schon einige Zeit vor der Abschaffung haben viele MilchproduzentInnen den unrealistischen Prognosen von Branchenvertretern aus Landwirtschaft und Milchindustrie geglaubt und die Produktion ausgeweitet. Dies führte nicht nur zu einer Rekordstrafe in Form der Superabgabe, sondern auch zu einem dramatischen Absinken der Milchzeugerpreise. Verbunden mit falschen Weichenstellungen laufen wir Gefahr, nicht nur die Überproduktion weiter auszubauen, sondern auch das Verständnis und die Akzeptanz der Gesellschaft zu verlieren. Die Ratlosigkeit der Verantwortlichen aus Ständevertretung und Industrie führt zu Verunsicherung und Existenzängsten der Milchbäuerinnen und Milchbauern. Es ist daher notwendig, breit gegenzusteuern und einen schnellen, aber auch nachhaltigen Weg aus der Krise zu finden. Aus unserer Sicht sind daher folgende Schritte notwendig.

Fairness gegenüber kleinen und extensiven Betrieben und Arbeitskraftförderung

Die systematische Benachteiligung kleiner und extensiver Betriebe muss sofort beendet werden (Mengenstaffel, Fixkostenblöcke, Abholmodalitäten, Förderbenachteiligung, ...).

Gerade die Milchviehhaltung erfordert ein hohes Maß an Arbeitseinsatz.

Trotz aller Technisierung ist die gute Betreuung ein wesentlicher Faktor für tiergerechte Haltung. Die hohe Arbeitsbelastung muss besondere Berücksichtigung und Wertschätzung erfahren, um die Milchviehhaltung attraktiv und zukunftsfähig zu machen. Der hohe Anteil an Dauergrünland ist ein schützenswertes Gut und steht in ursächlichem Zusammenhang mit Bodenschutz, Trinkwasserqualität und funktionierendem Tourismus.

Investitionszuschüsse ausschließlich für Modernisierungen und Umbauten und keinesfalls für neue Produktionskapazitäten

Der Ausbau weiterer Produktionskapazitäten in einem übervollen Markt führt zu sinkenden Milchpreisen, die auch die investierenden Betriebe in Not bringen. Gleichzeitig schädigt der Milchpreisverfall aber auch die Klein- und Mittelbetriebe, die eine vernünftige Produktion beibehalten.

Neue tiergerechte Zuchtziele und wiederkäuergerechte Fütterungsstandards

Schon jetzt wird deutlich sichtbar, dass die Züchtung auf Laktationshöchstleistungen immer mehr zum Kern des Problems wird. Zum einen wird damit die Produktion gesteigert, zum anderen sind die Kühe jetzt schon nicht mehr in der Lage, die derzeitigen Leistungen ohne große gesundheitliche Probleme zu erfüllen. Wir fordern daher eine Neuausrichtung der Zuchtverbände und Zuchtziele. Gemeinsam mit Fachleuten aus Landwirtschaft und Veterinärwesen müssen genetische Obergrenzen je nach Tierrasse in Jahresmilch-kg definiert werden. Ist die Leistung höher, wird diese nicht mehr ausgewiesen. Der Zuchtwert steigt nur mehr mit Kriterien wie Nutzungsdauer, Leichtkalbigkeit, Eutergesundheit, Fruchtbarkeit, ...

Der Drang, den Kühen immer höhere Leistungen abzurufen, führt zu gesundheitlichen Problemen bei Tier und Mensch. Die Erhöhung der Nährstoffkonzentration im Futter verdrängt das Gras aus der Ration, verhindert Weidegang und verursacht Klauenprobleme. Weiters führt dies zu mehr Futterimport, von meist agrarindustriell hergestelltem Soja und damit verbunden zu Land Grabbing und Landkonzentration in den Händen weniger Großkonzerne auf anderen Kontinenten.

Wiedereinführung der Mutterkuhprämie und Umstellungsförderung für NeueinsteigerInnen in die biologische Milchproduktion

Die Mutterkuhhaltung ist eine natürliche, nachhaltige und umweltschonende Form der Rindfleischproduktion. Die extensive Nutzung von Dauergrünland mit dieser Wirtschaftsweise ist in höchstem Maß sinnvoll und kann zusätzlich den Milchmarkt entlasten. Außerdem kann damit der Verwaldung vorgebeugt werden und eine offene Landschaft in extensiven Regionen weiter ermöglicht werden.

Österreich wird im In- und Ausland als das Bioland Nr. 1 gepriesen. Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen jedoch in eine andere Richtung.



Regionale Produkte aus bäuerlicher Produktion werden vom Konsumenten gerne angenommen und immer mehr nachgefragt. Foto: Maria S.

Das Auslaufen der Milchquote hat viele Milchzeugerbetriebe veranlasst, aus der Bio-Produktion auszusteigen. Gleichzeitig wächst der Bio-Markt kontinuierlich, während der konventionelle Markt rückläufig ist, die Produktion jedoch stark steigt. Der extreme Preisunterschied zwischen bio und konventioneller Milch führt dennoch nicht zu mehr Umstellungen, da die lange Umstellungszeit von zwei Jahren zu einem wirtschaftlichen Notstand führt. Zwei Jahre nach Bio-Standard zu produzieren, die Milch jedoch konventionell verkaufen zu müssen, überfordert finanziell viele Betriebe. Dabei wäre es ökonomisch und ökologisch äußerst sinnvoll, eine Umstellungsförderung einzuführen. Damit könnte man die hohe Nachfrage am Bio-Markt bedienen, gleichzeitig den konventionellen Markt entlasten und dabei auch noch die Umwelt schonen.

Abkehr von Exportorientierung

Es macht keinen Sinn, um jeden Preis den Exportanteil zu erhöhen, um die Überschüsse außer Landes zu bringen. Es sollten nur mehr jene Produkte exportiert werden, die eine gleich hohe oder höhere Wertschöpfung erzielen als am österreichischen Markt. Die derzeitige Praxis, dass viele Exporte durch Querfinanzierung mit niedrigen Erzeugermilchpreisen und guten Erlösen am österreichischen

Markt finanziert werden, darf nicht weitergeführt werden. Der Export von Milchprodukten zu Dumpingpreisen setzt die bäuerliche Milchproduktion global unter Druck. In Entwicklungsländern geht die europäische Exportoffensive mit der Verletzung des Rechts auf Nahrung einher. Kleine, lokale MilchproduzentInnen können dem Preisdruck nicht standhalten. Der Großteil der Exportmengen wird überhaupt erst durch den Futtermittelimport möglich.

Mindestpreise für gesunde österreichische Milch

Die Konzentration des Lebensmitteleinzelhandels, aber auch die genossenschaftliche Organisation der Molkereien, bedingen ein extremes Ungleichgewicht der Kräfteverhältnisse. Dies hat dazu geführt, dass Milch immer mehr zum Lockartikel wurde und weit unter dem tatsächlichen Wert verkauft wird. In weiterer Folge kommt es zu den schon beschriebenen Fehlentwicklungen. Gleichzeitig kann man jedoch keine fairen Preise verlangen, ohne einen Mindeststandard bei Tiergesundheit, Haltung und Fütterung zu gewährleisten. Es ist aber auch das Angebot an die Nachfrage anzupassen, um ein Marktgleichgewicht herzustellen.

Marktbeobachtungsstelle mit Durchgriffsrecht

Die Politik beteuert in der Milchpreisdebatte immer wieder, „die Politik macht keine Preise, sondern der Markt“. Dies ist bequem, aber falsch. Die Politik ist für die Gesetzgebung verantwortlich und die Gesetzgebung regelt die Rahmenbedingungen. Wir erleben jeden Tag, dass durch neue Gesetze sich Märkte und Preise gewollt verändern. Zum Beispiel durch das Öko-Stromgesetz oder den Gebietschutz der Apotheken. Es ist daher notwendig und ein gesellschaftliches Anliegen, dass wir in Österreich die Rahmenbedingungen für eine vernünftige Landwirtschaft definieren.

Dabei ist eine Marktsteuerung die einzige Alternative.

Reform der landwirtschaftlichen Ausbildung

Die derzeitigen Ausbildungsschwerpunkte, die auf Intensivierung, Betriebswirtschaft und Wachstum ausgerichtet sind, führen die Landwirtschaft noch weiter in die Sackgasse. Die nächste Generation von Bäuerinnen und Bauern muss einen größeren Horizont überblicken können. Der Schwerpunkt muss auf Nachhaltigkeit, Kooperation, Regionalität, Veredelung, Wertschöpfung und auf gesellschaftlichen Konsens ausgerichtet sein.

Bürokratie-Abbau in der Landwirtschaft

Die Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik hat zu einer enormen bürokratischen Belastung der bäuerlichen Betriebe geführt. Besonders hart trifft dies vielseitige Betriebe mit Tierhaltung und Landschaftselementen. Je innovativer, tiergerechter, vielseitiger, desto bürokratischer. Je spezialisierter, je mehr man die Landschaft ausgeräumt (Hecken und Sträucher entfernt, Böschungen begradigt, ...), die Flächen arrondiert und auch die Tierhaltung aufgegeben hat, desto weniger Bürokratie, desto weniger Fehler bei der ganzen Abwicklung, desto höher sind oft die Prämien. Das muss revidiert werden.

Milchdialog

Die zentrale Bedeutung der Milchproduktion für Österreichs Landwirtschaft und Wirtschaft erfordert Verständnis auf breiter Ebene. Nur durch ein gesellschaftliches Bündnis zwischen KonsumentInnen, BäuerInnen, der Lebensmittelwirtschaft, aber auch der Politik können die Weichen richtig gestellt werden. Gegenseitiges Verständnis schafft Vertrauen – Vertrauen ist die Basis für gesellschaftlichen Konsens und nachhaltige Entwicklung. eg, eh

Bäuerliche Tierzucht – mehr als eine Arche Noah

Seit Jahren feiert der Verein Arche Noah nun auch große Erfolge in der Erhaltung von bäuerlichem Saatgut. Was mit einigen widerspenstigen KleingärtnerInnen begann, hat nun auch die Bauernschaft infiziert: Saatgutsouveränität ist kein Schlagwort mehr, sondern faktische Realität. Doch wie sieht es bei den Nutztieren aus?

Versuchen die Zuchtverbände immer noch die gigantischen Milchseen, die durch neoliberale Deregulierungsmaßnahmen provoziert worden waren, mit einer Steigerung der Milchleistung pro Kuh zu bekämpfen?!

Nein! Zunehmend haben sich nun auch TierhalterInnen zu bäuerlichen Zuchtgemeinschaften zusammenschlossen, um eine Tierzucht zu ermöglichen, die sich an den tatsächlichen Erfordernissen ihrer (Klein-)Betriebe orientiert. Unterstützt durch die Österreichische Berg- und Kleinbauernvereinigung haben sich viele verschiedene bäuerliche Zuchtgemeinschaften gegründet, die breite Kriterienkataloge erarbeiteten, um die Zuchtziele neu zu definieren und die Zuchtarbeit wieder selbst in die Hand zu nehmen. Im Vordergrund stehen nun nicht mehr rein quantitativ messbare Höchstleistungen, sondern Parameter wie Langlebigkeit, Tiergesundheit möglichst ohne Medikamenteneinsatz, Fitness, gute Grundfutterverwertung, Alptauglichkeit sowie ein etwas reduziertes Körpergewicht. Kurzum Tiere, die mit den natürlichen Gegebenheiten das Auslangen finden und somit unabhängig von Kraftfutterlieferungen (aus Übersee) leben können.

Langsam mästen ist am besten

Parallel dazu wurden neue Qualitätskriterien für Fleisch eingeführt. Bisher waren die schnell hochgemästeten Tiere am besten qualifiziert worden, was der Futtermittelindustrie hohe Gewinne und den Schlachthöfen billiges Fleisch bescherte. Hatte dieses Bewertungsschema die BäuerInnen in die Zwangslage versetzt, entweder teures Kraftfutter zu kaufen oder die Tiere unter ihrem tatsächlichen Wert verkaufen zu müssen, so hat sich nun die Einsicht durchgesetzt, dass langsam gewachsenes und gut ausgereiftes Fleisch für die menschliche Ernährung am zuträglichsten, am schmackhaftesten und einfach am besten ist.

Willkommener Nebeneffekt dieser folgenschweren Umwälzungen war aber folgender:



Foto: Margarete Mernyi

Das Nachjustieren der Zuchtarbeit an die ökologischen Gegebenheiten erwies sich als marktpreisstabilisierend und führte somit, gerade wegen der etwas niedrigeren Produktivität pro Tier, zu einem höheren Erwerbseinkommen für bäuerliche Familienbetriebe. Nicht zuletzt deshalb sehen Bauern und Bäuerinnen ihre Zuchtarbeit nicht mehr als Erhaltung selten gewordener Nutztierassen im biblischen Sinn der Arche Noah, sondern als aktiven Beitrag zu ihrem bäuerlichen Wirtschaften. jf, fw



Das Milchmanifest gibt den Milchbauern wieder Zukunft. Foto: Maria S.



Neue Männer und Frauen braucht das Land

Achtung: seit 2020 neue Richtlinien für Mehrfachantrag! Bilden Sie sich jetzt schon weiter, um den Herausforderungen in dieser Hinsicht gewachsen zu sein. Aktuelle Angebote dazu finden Sie weiter unten!

Bei der alljährlichen Wintertagung des Ökosozialen Forums im Februar 2018 war der thematische Schwerpunkt: „Menschen statt Maschinen“. Der Aufruf zu einer Wende in der Landwirtschaft zur Ausrichtung einer im ursprünglichen Sinn, ökologischen und sozialen Landwirtschaft wurde von der Mehrheit der TeilnehmerInnen begeistert begrüßt. Etliche der aus allen Landesteilen und Organisationen herbei geströmten AgrarierInnen verstanden allerdings die Welt nicht mehr. Hat diese Veranstaltung doch eine prägende Wirkung auf die österreichische Agrarpolitik – und nun dieser Schwenk! Weder die OrganisatorInnen noch die RednerInnen ließen sich jedoch beirren. Sie konnten auf eine fundierte Basis ihrer Argumente und Inhalte bauen. Bei einer groß angelegten Befragung unter BäuerInnen, KonsumentenschützerInnen, Studierenden und interdisziplinären WissenschaftlerInnen hatte sich dieses Thema herauskristallisiert. Der forcierte Strukturwandel in der Landwirtschaft, die Konzentration der Produktion, die Industrialisierung hatten immer mehr Abhängigkeit von Konzernen,



Foto: Gunter Naynar

Weltmarkt und Technik geschaffen. Die Beratung hin zu Investitionen in Maschinen und vermehrte Technik brachte viele Betriebe in Existenznöte. Auch die Landwirtschaft 4.0 und GPS-gelenkte Bauern und Bäuerinnen konnten diese Probleme nicht lösen. Daher nun dieser sehr gewagte und mutige Schritt. Dass es diesmal

keine „G'machte Wies'n“ sein würde, die Themen an Mann (und Frau) zu bringen, war den VeranstalterInnen ebenso bewusst. Daher übernahmen sie diesmal das Prinzip eines Genderschlüssels von anderen NGOs: halb Frauen, halb Männer, ein Drittel Jugend, ein Drittel aktive BäuerInnen. Diese Vielfalt der Teilnehmenden spiegelte nicht nur die Situation auf den Höfen wider, sondern ermöglichte eine lebendige Diskussion beim World Café. Die wichtigsten Ergebnisse der Arbeitsgruppen:

- BäuerInnen werden angesichts industrieller Landwirtschaft immer

mehr zu Maschinen

- Menschen sollen gefördert werden – Arbeitsplätze auf Höfe schaffen
- lebendige Menschen schaffen lebendige Lebensmittel
- Maschinensteuer braucht es zu einer Trendwende
- Handarbeit und alternative, angepasste Technologie brauchen Förderung
- Landwirtschaftsschulen in Zukunft gemeinsam für Mädchen und Burschen mit neuer Fächeraufteilung, vor allem im Bereich Agrarökologie, Gartenbau und Hauswirtschaft, post-fossile Le-

bens- und Arbeitsweise, Ernährungssouveränität

- halbe-halbe in Haus und Hof
- Investitionsförderung im Rahmen von ÖPUL umstellen, Vorrang für kleine Projekte zur Förderung von vielfältiger Landwirtschaft
- Zugang für junge Menschen, die kleinstrukturierte, vielfältige Landwirtschaft betreiben und regionale Versorgung anstreben hat Vorrang bei allen LEADER-Programmen
- Einführung von Basisanforderungen von menschengerechter Landwirtschaft im ÖPUL, Stichwort Fremdarbeitskräfte
- ÖPUL muss zu ÖPAL (Österreichisches Programm für eine agrarökologische Landwirtschaft) und seinem Namen gerecht werden, d. h. die positiven Auswirkungen für Umwelt und Landwirtschaft müssen bei den Maßnahmen garantiert sein – Stichwörter: Nitrat im Wasser, Biodiversität.

Dazu wurden sofort einige konkrete Anträge an das Parlament erarbeitet und abgeschickt. Aufkleber und Sticker mit „Neue Männer und Frauen braucht das Land!“ fanden reißenden Absatz.

In – nicht ganz – gewohnter Weise bietet das Ifi nun Weiterbildungskurse zur Ernährungssouveränität für Bauern, Bäuerinnen und bäuerliche Jugend an:

Schnupperkurse, Einsteigerkurse, Zertifikationslehrgänge und auch „neu“ ein Masterstudium mit akademischem Abschluss in Zusammenarbeit mit der Boku.

mv

Forderungen des ÖSFN nach Höchstgewicht für landwirtschaftliche Maschinen erfüllt

Das im Jahr des Bodens 2015 vom Ökosozialen Forum Niederaltich (ÖSFN) veröffentlichte Papier „Bodenverdichtungen schädigen unsere Ernährungs- und Lebensgrundlagen“ stellte den Boden ins Zentrum einer multifunktionalen Landwirtschaft: als Standort für den Pflanzenbau, aber auch als Wasserspeicher. Zudem spielt der Boden durch seinen Humusgehalt und dem damit ver-/gebundenen Kohlenstoff-Kreislauf eine gewichtige Rolle für unser Klima. Dadurch, dass der Strukturwandel immer weiter angeheizt wird, ist es jedoch zu einem weltweiten Kampf um Boden gekommen. Er wird daher immer stärker belastet und in seinen Funktionen eingeschränkt.

Bodenverdichtung als Kernproblem

Unter Bodenverdichtung versteht man eine Pressung der belebten Erdschicht unter hohem Druck. Dies verändert den Systemzustand des Lebensträgers Boden negativ. Durch die Veränderung der Produktionsabläufe in der Landwirtschaft – bedingt durch eine zunehmende, aufgezwungene Industrialisierung des Agrarsektors und den damit verbundenen Zwang zum Wachstum – erhöhte sich die durchschnittliche Radlast in den letzten Jahrzehnten um ein Vielfaches. Diese Entwicklungen führten zu einem deutlichen Anstieg der ökologischen, gesellschaftlichen und langfristig auch ökonomischen Schäden durch Bodenverdichtung.

„Besonders die bis in den Unterboden durchschlagende Verdichtung ist nur schwer zu heilen. Sie führt zu Ertragsrückgängen. Die Ernteerfahrungen aus dem Jahr 2015 bestätigen dies eindeutig! Sie vermindert die Was-

seraufnahme der Erde (Grundwasser-Neubildung) und begünstigt Erosion und Hochwasser, wenn Regenwasser an der Oberfläche abfließt, anstatt zu versickern.“ (Auszug ÖSFN)

Aus dieser Analyse leitete das Ökosoziale Forum Niederaltich bereits 2015 die Forderung zur Einführung verbindlicher Höchstgewichte für landwirtschaftliche Maschinen ab: beginnend bei 5.000 Kilogramm Radlast (analog der Höchststachlast im Straßenverkehr) und mit einer Zielgröße von nicht mehr als 3 Tonnen pro Rad.

Neues Gesetz regelt Höchstgewicht

Mit der Erlassung des neuen Gesetzes „Maßnahmen zum Schutz der Lebensgrundlage Boden in Österreich“ beschränkte nun der österreichische Nationalrat bei Neuzulassung von Landmaschinen die maximale Radlast im Betrieb auf 5.000 Kilogramm, bei maximal 1,2 Bar Reifeninnendruck. Dieser Wert soll in Folge, ähnlich wie bei den Abgasvorschriften mit Übergangsfristen, auf 3.000 kg und 0,8 Bar abgesenkt werden. Damit stellt die österreichische Gesetzgebung die Weichen klar in Richtung einer ökologisch nachhaltigen, klein-/mittelstrukturierten und an den Bedürfnissen der regionalen Bevölke-

rung orientierten Landwirtschaft. Auch über die Landesgrenzen hinweg wird damit ein eindeutiges Signal ausgesandt.

Strukturwandel umkehren – Boden schützen

Wie auch das ÖSFN feststellte, fördern insbesondere die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und undifferenzierte flächenabhängige Direktzahlungen an die Bauern und Bäuerinnen in Europa die Betriebsvergrößerungen. Dies wird in der Agrarpolitik meist verschleiern, „Strukturwandel“ genannt und fatalistisch als „alternativlos“ bezeichnet. Die derart vergrößerten Strukturen bedeuten aber in der Praxis, dass immer größere und schwerere Maschinen angeschafft werden, um auch große und weit vom Hof entfernte Flächen rationell bearbeiten zu können. Um diesem Strukturwandel entgegenzuwirken bzw. ihn umzukehren, braucht es selbstverständlich die Kooperation mit den europäischen Partnerländern. Weitere Forderungen des Ökosozialen Forums harren also noch ihrer Umsetzung – aber vielleicht macht der österreichische Vorstoß im Bereich Bodenschutz Schule und die österreichische Agrarpolitik kann beim Umbau des Agrarsystems eine Vorreiterrolle in der europäischen Familie einnehmen. lr



„Menschen statt Maschinen“ lautete das Thema des Ökosozialen Forums 2018.

Foto: ÖBV

Wir Bauern müssen zusammenhalten

ÖBV
via campesina Austria
Österreichische Berg- und Kleinbäuer_innen Vereinigung

Weder wachsen noch weichen!

www.viacampesina.at
f öbv-viacampesina

%attac

Kurswechsel in Sierra Leone: Von Landraub zu Agrarökologie

Im Norden von Sierra Leone in der Nähe von Makeni wurden 2010 riesige Landflächen für 50 Jahre zu einem Spottpreis an ein Schweizer Biosprit-Unternehmen verpachtet. Auf zirka 10.000 Hektar wurde fortan Zuckerrohr für Agrartreibstoffe für Europa produziert. Die anfänglichen Hoffnungen der lokalen Bevölkerung wurden bitter enttäuscht. Der Zugang zu ihrem Land wurde ihnen entzogen, die gutbezahlten Jobs auf der Plantage blieben aus, Wasserquellen versiegten oder wurden verunreinigt, die Ernährungslage verschlechterte sich rapide. In Österreich wurde das Projekt auch durch den Kinofilm „Landraub“ bekannt. 2016 stand der Verkauf des Projekts an einen chinesisch-britischen Konzern im Raum, der das Agrartreibstoffprojekt weitergeführt hätte wie bisher – mit allen negativen Folgen. Doch dann wendete sich das Blatt. Wie hat sich die ehemalige Projektregion um Makeni weiterentwickelt? Die BauernPost hat bei der Bäuerin Yaema Komoro und dem Menschenrechtsaktivisten Francis Lumara nachgefragt.

Wie sieht die Situation in den Dörfern um Makeni nun aus?

Yaema Komoro: Die Böden sind vom jahrelangen Einsatz von Kunst-



Nach der Aufkündigung der Pachtverträge haben die heimischen BäuerInnen in Sierra Leone wieder Zukunft.

dünger auf den Zuckerrohrplantagen immer noch ziemlich ausgelaugt. Wir pflanzen nun neue Bäume und versuchen uns im Bodenaufbau mit Humus. Es liegt noch ein steiniger Weg vor uns, aber wir sind zuversichtlich. Besonders die wieder aktivierten Gemeinschaftsfelder der Frauen machen große Fortschritte. Die neue Vielfalt an Gemüse und Hülsenfrüchten macht sich auf den Tellern der Familien bemerkbar – und in den Geldbörsen von uns Bäuerinnen. Die Marktbindung zur Provinzhauptstadt Makeni hat sich auch entscheidend verbessert. Nun planen wir weitere

Verarbeitungsschritte für unsere Produkte und sichten gerade Projektangebote.

Was waren die ausschlaggebenden Faktoren für den Kurswechsel?

Yaema Komoro: Der wichtigste Faktor war natürlich die Organisation und Mobilisierung der über 50 Dorfgemeinden rund um Makeni. Wir wurden uns mehr und mehr unserer Rechte bewusst – besonders wir Frauen. Dadurch konnten wir geschlossen für unsere eigenen Pläne für die landwirtschaftliche Entwicklung

unserer Region auftreten. Wir wollten keine weitere Agrartreibstoffproduktion wie bisher – auch nicht mit einem neuen Investor aus Großbritannien. Es gab auch mehrere gemeinsame Demonstrationen in der Hauptstadt Freetown mit anderen von Landraub betroffenen Gemeinden aus ganz Sierra Leone. Das gab uns die nötige Motivation durchzuhalten. Schließlich haben unsere Aktivitäten zur Aufkündigung des Land-Pachtvertrags geführt.

Gab es auch wichtige Impulse aus Europa?

Francis Lumara: Die zahlreichen europäischen Entwicklungsbanken, die das Schweizer Agrartreibstoffprojekt seinerzeit mitfinanziert hatten, haben ihre historische Verantwortung für die Zukunft der Bevölkerung rund um Makeni erkannt. Sie haben alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Stimmen der lokalen BäuerInnen zu stärken. Überraschenderweise hat sich besonders die Österreichische Entwicklungsbank für die selbstbestimmte Zukunft der BäuerInnen ins Zeug geschmissen. Ich fürchte, ohne den Druck der Zivilgesellschaft in Österreich oder ganz Europa hätten sie das aber nicht getan.

Wie steht es nun um Investitionen in die Landwirtschaft?

Francis Lumara: Das Landwirtschaftsministerium hat das Scheitern des Agrartreibstoffprojekts in Makeni als Weckruf verstanden und setzt seither ganz auf Agrarökologie. Wir sind hier Vorreiter in Westafrika. Es gibt viele Austausch-Programme zwischen BäuerInnen und anderen Agrarökologie-Zentren – zum Beispiel mit jenem in Sélingué, Mali. Das vorwiegende Ziel etwaiger Projekte muss die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung und ein Beitrag hin zu Ernährungssouveränität sein.

br



Afrikanischen BäuerInnen wurde jahrzehntelang der Zugang zu ihrem Land verwehrt. Große internationale Konzerne betrieben „Landraub“. Die versprochenen positiven Effekte blieben aus, die Böden wurden ausgelaugt, Wasserquellen versiegten oder wurden verunreinigt.

Fotos: FIAN

Europäische Kommission publiziert Richtlinien zur Klimaneutralität im Agrar- und Forstsektor

Die EU-UmweltministerInnen befassten sich in den letzten Jahren immer wieder mit der Einbindung der Landwirtschaft in die Klimapolitik der Europäischen Union. Nach jahrelangem Ringen und konstruktiven Verhandlungen mit dem EU-Parlament hat man sich nun auf Leitlinien zur Klimaneutralität im Bereich Land- und Forstwirtschaft geeinigt. Die Standpunkte der EU-Mitgliedstaaten waren zunächst noch recht breit gefächert gewesen: Manche forderten strengere Auflagen und stellten dar, dass ihnen aus Sorge um das Klima die Vorschläge der Kommission zu Emissionen aus Landnutzung nicht ausreichten. Andere wiederum beharrten darauf, dass es Ausnahmen für ihre industrielle Tierproduktion geben müsse. Manche MinisterInnen verlangten Verrechnungsmöglichkeiten mit anderen klimaschädlichen Sektoren, sollte in einem Mitgliedstaat im Bereich Land- und Forstwirtschaft mehr CO₂ gebunden als ausgestoßen werden.

Weil sich BürgerInnen an der Debatte über die Wirkungen der Land- und Forstwirtschaft auf das globale Klima intensiv beteiligt hatten, konnten sich derartige Forderungen

nach Ausnahmen für die Massentierhaltung oder auch zur „CO₂-Saldierung“ nicht durchsetzen. KommentatorInnen bemerkten dazu verwundert, dass „die Mehrheit der BürgerInnen die Notwendigkeit von radikalen Änderungen in klimaschädlichen Sektoren bereits erkannt hat, während viele PolitikerInnen noch in alten Bahnen kreisen und sich von Lobbyisten einflüstern haben lassen.“

In den neuen Richtlinien wird festgehalten, dass der Ausstoß von Treibhausgas durch die Land- und Forstwirtschaft pro Jahr um 20 % geringer sein muss, als Kohlendioxid in Boden und Bäumen gebunden werden kann. „Mit diesen neuen Richtlinien können wir eigentlich gar nicht mehr von Klimaneutralität der Land- und Forstwirtschaft sprechen“, so die österreichische Vertreterin des BMBZ (Bundesministerium für eine bäuerliche Zukunft) stolz, „denn wir werden mehr Kohlenstoff in den Böden und Wäldern speichern, als durch den Kunstdüngereinsatz und die Tierhaltung an klimaschädlichen Gasen produziert wird. Wir werden also einen positiven Beitrag zum Klimaschutz leisten!“

is

Filmreihe zum Recht auf Nahrung

Hunger.Macht.Profite.8

9. März – 7. April 2017

österreichweit / www.HungerMachtProfite.at

Bio für Arme – geht das?

Erster Bio-Sozialladen eröffnet in Linz

Ein Bioangebot als attraktive Einkaufsmöglichkeit für Reiche wie für Arme. Finanziert durch Steuergelder – und niemand regt sich darüber auf. Nicht einmal die Bäuerinnen und Bauern, die deswegen freiwillig auf Agrarsubventionen verzichten. Gibt's nicht? Gibt's! Und zwar ab 20. Februar in Linz.

„Bioläden haben hochwertige Produkte, aber die Preise sind für manche in unserer Gesellschaft zu hoch. Sozialläden bieten leistbare Preise auch für die Ärmsten, aber ihr Sortiment besteht häufig aus ungesundem

Glumpad, das die Lebensmittelindustrie und die Handelsketten billig entsorgen wollen. Wir kombinieren die guten Aspekte der beiden Modelle und lassen die schlechten einfach weg“, schmunzelt Marlene Mensch, Co-Initiatorin des ersten Bio-Sozialladens in Österreich.

Ganz so einfach war die Geburt dann doch nicht, zahlreiche Gespräche mussten geführt werden. Marlene Mensch begeisterte mit ihrer Idee zuerst das Forum kritischer KonsumentInnen (FKK), deren Mitglieder holten über den Linzer Ernährungs-

rat die bäuerliche Vertretung und die Kommunalpolitik mit ins Boot. Gemeinsam wurde ein Konzept ausgearbeitet. Es sollte verhindert werden, dass beim Interessengegensatz aus leistbaren Preisen für alle einerseits und gerechten Erzeugerpreisen andererseits eine Seite draufzahlt. Die durchbrechende Idee kam von Hans Hausverstand, einem Pensionisten, der mehr oder weniger „zufällig“ im Ernährungsrat sitzt. Sein Platz wurde unter tausenden engagierten KonsumentInnen ausgelost. Sein Ansatz: Kostenwahrheit bei den Regalpreisen. Wer sich die nicht leisten kann, bekommt eine Ermäßigung, die durch Steuergelder ausgeglichen wird, sodass bei der bäuerlichen Seite der volle Preis ankommt. „Ich hab mir gedacht, wennst als Pensionist Ermäßigungen fürs Hallenbad, Bahn fahren usw. kriegst, dann muss das doch auch für gescheites Essen gehen. Eine gesund ernährte Bevölkerung ist ja viel wert, da spart ja das Land auch Geld, alleine schon wegen der sinkenden Ausgaben wegen Krankheiten. Also da profitieren ja dann alle davon.“

Doch woher die Steuergelder nehmen? Der Blick auf die EU-Ebene lieferte einen entscheidenden Hinweis. Denn im Zuge der letzten GAP-Reform wurde ein verstärkter Fokus auf regionale Versorgungsnetzwerke gelegt und das Subsidiaritätsprinzip wird nun auch bei der Verteilung der Agrarsubventionen angewendet. Somit ist es möglich, dass die Regionen selbst über einen Teil der Förderungen bestimmen, solange deren Verwendung im Einklang mit den Prinzipi-



Bio-Produkte für Arme – im Sozialladen in Linz ist das nun Realität. Fotos: Gunter Naynar

en von Ernährungssouveränität steht und der Allgemeinheit zugute kommt.

Das Konzept des Bio-Sozialladens wird diesen Prinzipien gerecht. Die Ernährung der lokalen Bevölkerung mit gesunden Produkten wird gewährleistet, das Sortiment stammt aus regionalen Wertschöpfungsketten, den ProduzentInnen werden faire Preise gezahlt. Nicht zuletzt zeichnet sich der Bio-Sozialladen durch eine demokratische und selbstbestimmte Organisationsform aus, die von den Food-Coops abgeschaut wurde. Der Bio-Sozialladen ist nicht gewinnorientiert und wird als Verein geführt. Jede Kundschaft kann Mitglied werden und bei Sortiment, Preisaufschlägen usw. mitentscheiden.

Bleibt noch die Frage, wie die Bäuerinnen und Bauern überzeugt werden

konnten, zugunsten der Bio-Sozialläden auf Förderungen zu verzichten. Marlene Mensch dazu: „Das ging eigentlich leichter als gedacht. Sie sagten, ihnen wäre ein Preis, der Kostenwahrheit widerspiegelt und Wertschätzung für ihre Arbeit ausdrückt ohnehin lieber als die komplizierte Förderabwicklung. Also haben wir ihnen garantiert, dass der Bio-Sozialladen ihre Produkte zu fairen Konditionen abnimmt. Über den Ernährungsrat haben wir auch öffentliche Einrichtungen wie Krankenhäuser und Schulen dazu gebracht, unserem Beispiel zu folgen. Damit waren alle glücklich.“ So einfach geht's. Die Zeit war scheinbar reif für Ernährungssouveränität.

dd

Liberalisierungen beim Milchmarkt zurückgenommen – Milchkrise damit seit 2017 überwunden

Die Milchkrise nach dem Auslaufen der Quotenregelung konnte durch den radikalen Kurswechsel der Agrarpolitik – überraschend rasch – überwunden werden. Während die Europäische Kommission 2016 noch Marktliberalisierung und Exportorientierung propagiert hat, wurde 2017 die Agrarwende am Milchmarkt eingeläutet.

Widerstand ausschlaggebend

Die anfänglichen – aber zu zögerlichen – Versuche im Jahr 2016, die EU-Milchproduktion zu reduzieren, konnten den Preisverfall etwas stoppen. Natürlich wollten die EU-Kommission und die führenden Landwirtschaftsminister der EU-Mitgliedstaaten Instrumente der Mengenregulierung nur kurzfristig einsetzen, aber mit dem Widerstand der Milchbäuerinnen und -bauern, der sich ab 2017 formiert hat, haben sie offensichtlich nicht gerechnet.

Faire Milchpreise durch ehrlichen Dialog mit der Bevölkerung

Statt die Produktion für den Export und die Produktion von Massenware zu fördern, setzte die Agrarpolitik ab 2017 auf tiergerechte Qualitätsproduktion, die schrittweise an die verfügbare Fläche angepasst wurde.

Durch die Regulierung der Menge und den offensiven und ehrlichen Dialog mit der gesamten europäischen Bevölkerung konnten auch existenzsichernde Preise für die Milchbäuerinnen und -bauern durchgesetzt werden. Die Molkereien müssen nicht mehr Exporte mit den besseren Preisen im Inland quersubventionieren und können so höhere Erzeugerpreise an die Milchbetriebe zahlen.

Gute Lebensbedingungen auch für Bäuerinnen und Bauern im Globalen Süden

Durch die Abkehr von der – auf Massenware basierenden – Überschussproduktion konnte auch der Export von Milchprodukten (insbesondere Milchpulver) reduziert werden. Die Milchbäuerinnen und -bauern in unzähligen früheren Zielländern der Milchpulverexporte waren damit wieder konkurrenzfähig und konnten ihre regionalen Märkte selbst versorgen. Diese Trendumkehr ermöglichte es beispielsweise zahlreichen jungen WestafrikanerInnen selbst wieder in den ländlichen Regionen durch landwirtschaftliche Produktion ein ausreichendes Einkommen zu erzielen. Sie waren somit nicht mehr gezwungen, in die großen Städte zu ziehen oder nach Europa zu migrieren.

wb, mm

Grundverkehrskommission 2.0

Grundverkehrskommissionen ziehen Konzept für Ernährungssouveränität als Grundlage heran



Der zunehmenden Landkonzentration in Österreich wurde ein Ende gesetzt. Beim Kauf oder der Verpachtung von Land ist es künftig Voraussetzung, dass das vorgelegte Nutzungskonzept mit den Kriterien der Ernährungssouveränität konform ist. Bei Grundstücksverkäufen werden gemeinnützige TrägerInnen, Stiftungen und sonstige kollektive Eigentumsfor-

men bevorzugt behandelt. Nach und nach wird so der Privatbesitz von Land reduziert und der Anteil an Commons (Gemeingütern) an der österreichischen Gesamtfläche stark gesteigert werden. Ein erstes großes Ziel der Grundverkehrskommissionen, nämlich dass alle in Österreich ansässigen Menschen, egal welcher Nationalität oder welchen Aufenthaltsstatus, Zugang zu einer Form von Commons haben,

wird voraussichtlich noch im kommenden Jahr erreicht.

Der Diskussionsprozess zu dieser radikalen Neugestaltung des Grundverkehrs in Österreich wurde durch die Land-Leitlinien der FAO (Landwirtschaftsorganisation der UN) angestoßen. Denn: Landzugang ist auch in Österreich eine menschenrechtliche Frage und keine rein ökonomische.

il, ml



Die Proteste beim Wegfall der Milchquote waren erfolgreich.

Foto: FIAN

Welthaus
DIÖZESE GRAZ-SECKAU

Kleine Höfe ernähren die Welt

Die Frage, wie und von wem auch in Zukunft eine steigende Weltbevölkerung ernährt werden kann, beschäftigte seit Jahren ExpertInnen, PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen. Gentechnik, die grüne Revolution, großflächige, maschinelle Landwirtschaft ebenso wie auch technische Innovationen wurden auf Messen, in Diskussionen und von Konzernen als DIE Lösung angepriesen.

Aber es hat sich herausgestellt, dass weder Konzerne noch Agroindustrie die Lösung sind. Hochtechnologische Landwirtschaft hat die (von eifrigen WissenschaftlerInnen und TechnokratInnen) hochgesteckten Ziele nicht erreicht, auch 2016 hungerten noch rund 800 Millionen Menschen. Der technische Fortschritt hat nicht einmal sichergestellt, dass Österreich oder Europa die eigene Bevölkerung auch nur annähernd ernähren konnten. Österreich importierte noch 2016 Sojafuttermittel im Ausmaß eines Fünftels der heimischen Ackerfläche.

Das Ende der absurden Fleischfabrik Europa

Auf der anderen Seite war und ist es so, dass vor allem in Entwicklungsländern, aber auch in anderen Staaten noch immer kleinbäuerliche Höfe über 70 Prozent der Nahrungsmittel produzieren – nicht Konzerne. Und auch in Österreich sind es noch immer (und seit der Agrarwende zum Glück auch zunehmend) eher kleinbäuerliche Strukturen, die die lokale Bevölkerung mit Lebensmitteln versorgen, auch wenn der Strukturwandel, stagnierende Preise wie auch politische Maßnahmen von 2006 bis 2016 z. B. in Österreich über 50 Prozent der Schweinebäuerinnen und -bauern zum Aufgeben gezwungen haben. Und trotzdem, Österreich rühmte sich, mehr Fleisch und auch Milch als für den heimischen Markt benötigt zu produzieren und damit auch in andere Länder exportieren zu können! Aus heutiger Perspektive ein absurdes Unterfangen... Bei genauerem Hinschauen wurde aber bald klar, dass diese Überschüsse nur durch den Import von Eiweißfuttermitteln, vorwiegend Soja aus Lateinamerika, zu erwirtschaften waren. Mehr als 550.000 Tonnen des „grünen Goldes“ aus Argentinien, Brasilien, Paraguay oder Uruguay garantierten volle Futtermittel, allerdings trotz der gepriesenen



Vielfalt statt Monokultur – Agrarökologie statt Agrarfabriken gewährleisten die Ernährung der Menschen.

Foto: ÖBV

nen steigenden Exporte keine vollen Kassen bei den österreichischen Bäuerinnen und Bauern.

Und auf der anderen Seite der Erdkugel, in Argentinien oder Brasilien, hatte der meist in Monokultur auf großen Flächen durchgeführte Sojaanbau gewaltsame Vertreibungen zur Folge – es kam sogar zu Mordfällen an der einheimischen Bevölkerung, um sich die begehrten Landflächen zu sichern. Kleinbäuerinnen und -bauern verloren ihre Lebensgrundlagen und statt Nahrung für die eigene Bevölkerung anzubauen, wurde für einen Exportmarkt produziert. Menschen wurden so in die Armut und in den Hunger getrieben.

Aus Flugzeugen wurden die Sojafelder mit Pestiziden besprüht und die lokale Bevölkerung gleich mit. Hauterkrankungen und eine erhöhte Krebsrate waren die Folgen. Immer mehr Flächen wurden für den Sojaanbau verwendet, die Produktion

von anderen Lebensmitteln wurde verdrängt oder musste auf andere Flächen ausweichen, was wiederum den Verlust von Waldflächen wie dem Amazonas oder dem Gran Cháco zur Folge hatte.

Späte Erkenntnis

So machte das in agroindustrieller Anbauweise produzierte Soja weder die lokale Bevölkerung satt, noch sicherten die Importe und das landwirtschaftliche Fördersystem das Überleben der kleineren Höfe in Österreich und Europa. Weiters wurde der Klimawandel, der letztendlich uns alle betrifft, weiter angeheizt. Dürren oder Überschwemmungen senkten auch die landwirtschaftliche Produktion und damit die Möglichkeit, eine steigende Weltbevölkerung zu ernähren.

Eine sozial gerechte, umwelt- sowie klimafreundliche Landwirtschaft erschien Anfang 2017 nach wie vor als

Utopie. Aber mit der späten Erkenntnis und letztendlich mit der Umsetzung von Agrarökologie statt Agrarfabriken, Vielfalt statt Monokultur und einer Landwirtschaftspolitik, die endlich wieder Mensch, Umwelt, Tier und Klima in den Mittelpunkt rückte statt des Profits weniger, gelang es endlich, bäuerliche Existenzen zu

sichern und damit auch den ländlichen Raum und die Kulturlandschaft zu sichern. Gut, dass dieser Schwenk in der europäischen Politik mit der Zwischenevaluierung der GAP und auch gegen die Interessen der Lobbyisten der Agrarlobby umgesetzt werden konnte.

zs

Biolandbau als Motor landwirtschaftlicher Veränderung

Zahl der Bäuerinnen und Bauern steigt, Schlaggrößen reduziert, Hektar pro Betrieb nehmen ab, Maschinengrößen auf bodenverträgliches Maß zurückgefahren, Besatzdichte in Ställen geht zurück und Pflanzenvielfalt und Fruchtfolgen ausgebaut. Biobäuerliche Agrarkultur liegt im Trend.

Nicht zuletzt das im Juni 2016 veröffentlichte Diskussionspapier des Freisinger Kreises „Biobäuerliche Agrarkultur im 21. Jahrhundert“ hat den nun anhaltenden Trend im Biolandbau entscheidend mitgeprägt.

Umkehr beim Strukturwandel

Nachdem sich die Biolandbaubewegung darüber einig war, dass es in der Landwirtschaft generell und damit auch im Biolandbau eine Schubumkehr brauche, trat sie mit vereinten Kräften an die politischen Entscheidungsträger heran, um die nötigen Weichenstellungen der Rahmenbedingungen in die Wege zu leiten. Dies

bedeutete die Abkehr vom Credo „Wachsen oder Weichen“ und damit auch die Abkehr von der fortschreitenden Industrialisierung. Unter dem Motto: „Das Land braucht mehr Bäuerinnen und Bauern“ wurden Anreizsysteme geschaffen, gesetzliche Vorgaben verändert und, vielleicht am ausschlaggebendsten, die land- und forstwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung wurde endlich angepasst.

Kreisläufe und Bodenfruchtbarkeit zentral

Das Denken in Kreisläufen und die zentrale Rolle der Bodenfruchtbarkeit haben landwirtschaftliche Praxis nicht nur im Biolandbau verändert. Anstatt nur zielgerichtet Einzelerträge zu optimieren, bekämpfen die Bäuerinnen und Bauern nun nur im Notfall Symptome (und zwar eindimensional) und legen noch mehr Wert auf ein Arbeiten mit der anstatt gegen die Natur. Tiere werden nicht nur als Produktionsfaktoren betrachtet, sondern

entsprechend ihrer Bedürfnisse und unter Berücksichtigung ihrer Würde gut behandeln: von ihrer Zeugung bis zu ihrem Tod (Schlachtung).

Wirtschaften ist eine soziale Aktivität

Zudem konnten erste Schritte für eine Neuorganisation unseres Wirtschaftens gesetzt werden. Wenn auch der Wandel weg von der Konkurrenz-Ideologie globaler Märkte noch nicht abgeschlossen ist, so sind auf regionaler Ebene erste Erfolge zu verzeichnen: Durch die gezielte Förderung regionaler VerarbeiterInnen, HändlerInnen und HandwerkerInnen konnten die lokalen und regionalen Märkte angekurbelt werden. Der zeitgleichen öffentlichen Kampagne zur Bewerbung biologischer und regionaler Produkte ist es zu verdanken, dass auch die Nachfrage gestiegen ist.

Vieles wurde bereits erreicht! Um den Umbau unseres Landwirtschaftssystems weiter voranzutreiben, braucht es aber noch weitere ambitionierte Menschen. Das Papier des Freisinger Kreises kann hierfür Inspiration sein.

lr

Konzerne an die Leine: Schöne, neue Welt!

Die MenschenrechtsaktivistInnen jubelten, als das so genannte TNC-Treaty in Form gegossen wurde. Die jahrelange Lobbyarbeit hatte sich ausgezahlt, denn das UN-Abkommen zur Regulierung transnationaler Konzerne enthielt für damalige Verhältnisse tatsächlich Bahnbrechendes. Erstmals sollten Staaten, die ihre BürgerInnen nicht gegen Konzernmissbrauch schützten, mit Sanktionen belegt werden können. Was damals für nicht umsetzbar gehalten wurde, ist seit Jahren Realität.

Kaum vorstellbar, dass in der Vergangenheit Indigene in Brasilien ermordet wurden, um ihr Land an transnationale Agro-Konzerne weitergeben zu können. Dass GewerkschafterInnen in Bangladesch verschwanden, weil sie sich für Mindestlöhne und gerechte Arbeitsbedingungen einsetzten. Dass Flüsse und Meer verschmutzt und Trinkwasser ungenießbar gemacht werden durften, ohne die dafür verantwortlichen US-amerikanischen und europäischen Konzerne dafür zur Rechenschaft zu ziehen. Der Staat machte vielerorts gemeinsame Sache mit den Unternehmen und schaute bei Menschenrechtsverletzungen einfach weg.

Welche Kraftaufwendung seitens der Betroffenen und der unterstützenden Menschenrechts-NGO vor diesem Hintergrund nötig gewesen sein muss, um diesem Unrecht Einhalt zu gebieten, ist heute – da wir in einer gerechteren Welt leben – kaum nachvollziehbar. Die Verhandlungen zum TNC-Treaty verliefen lange Zeit äußerst zäh; die Länder des Globalen Nordens sowie das ‚Who is Who‘ der internationalen Wirtschaft setzten sich für eine Suspendierung des UN-Prozesses hin zum TNC-Treaty

ein. Es war Ländern wie Österreich, das sich nach jahrelanger moralischer Orientierungslosigkeit wieder auf seine historischen, menschenrechtlichen Verpflichtungen besann, zu verdanken, dass sie durch konsequentes Einwirken auf die internationale Agenda eine Trendumkehr einläuten konnten. Nicht ohne Stolz darf hinzugefügt werden, dass Initiativen wie diese und viele folgende unser kleines Land im Herzen Europas zu dem werden ließ, was es heute ist: ein Land, das international sowohl als Reiseziel als auch Wirtschaftsstandort wertgeschätzt wird und dank seiner außenpolitischen Autorität und Kompetenz als hoch angesehenen Vermittler bei Konflikten agiert.

Österreichische Unternehmen sind über die Landesgrenzen hinaus für Integrität und Qualität bekannt und nicht umsonst Marktführer in vielen verschiedenen Bereichen. Wie beispielsweise das Unternehmen Andritz, das vor dem Abschluss von Turbinen-Deals gewissenhaft ökologische und menschenrechtliche Aspekte des Vorhabens prüft und bei Nicht-Entsprechen schon einmal die Zustimmung zur Mitarbeit verweigert wie beim aktuellen Staudammprojekt in der Mongolei. Das wirkt beispielhaft auf MitbewerberInnen und spornt zu mehr Umsicht im Hinblick auf menschenrechtliche und ökologische Konsequenzen von Großprojekten an. Das TNC-Treaty wurde in den Jahren nach Entstehen von fast allen Ländern der Erde ratifiziert – zuletzt musste sich auch der US-amerikanische Senat dem internationalen Druck beugen. Somit sind fast flächendeckend jene Gesetze in Kraft, die uns und unsere Mitmenschen vor Machtmissbrauch und Leid schützen.

mo

GREENPEACE

Perspektive Landwirtschaft

Seit Jahren gibt es viele junge Menschen, die einen bewegenden inneren Entschluss fassen: „Ja, ich will Bäuerin/Bauer werden!“ Viele von ihnen sind in der Stadt aufgewachsen, manche am Land und einige kommen selbst von landwirtschaftlichen Betrieben. Neben der Leidenschaft für die Arbeit mit dem Boden, mit Tieren und Pflanzen verbindet sie eine große Herausforderung: Sie suchen Zugang zu Land. Da sie nicht auf einem Betrieb aufgewachsen oder weichende Erben auf ihren elterlichen Betrieben sind, ist die Perspektive, Höfe außerhalb der Familie zu übernehmen, für sie die einzige Möglichkeit. Den meisten jungen Menschen fehlt das Geld, um einen Hof zu kaufen. Deshalb wenden sie sich an die Plattform „Perspektive Landwirtschaft“. Diese bietet eine Vermittlung zwischen Altbäuerinnen und -bauern, denen es ein Anliegen ist, dass ihre Höfe weiter bewirtschaftet werden (die selbst aber keine Kinder haben, die in der Landwirtschaft arbeiten wollen) und eben jenen jungen Menschen. Wir haben mit Isabella L. vom Netzwerk Existenzgründung in der Landwirtschaft gesprochen. Sie ist selbst Jung-Bio-Bäuerin im Mühlviertel und bewirtschaftet einen Hof mit 20 Milchkühen und Gemüsebau.

Redaktion: Du hast den Entschluss gefasst, Bäuerin zu werden, obwohl du ein Studium abgeschlossen hast. Warum ist das für dich so interessant?

Isabella: Ich glaube, gerade das Studium hat mein Interesse für die Landwirtschaft geweckt, ich sehe da keinen Widerspruch. Grundsätzlich hat mich die Landwirtschaft immer schon fasziniert, aber für mich war das immer eine Art „geschlossene Gesellschaft“, unmöglich da reinzukommen, außer natürlich durch Heirat. Es gibt ja den bekannten Spruch: „Liebe vergeht, Hektar besteht“. Ich hab das als Kind immer so interpretiert, dass ich, um in die Landwirtschaft einzusteigen, nicht unbedingt heiraten muss, sondern nur irgendwie Zugang zu Land brauche. Obwohl ich jetzt natürlich weiß, wie dieser Spruch eigentlich gemeint ist, bin ich bei meiner ursprünglichen Interpretation geblieben.

Den Hof hast du über die Online Plattform „Perspektive Landwirtschaft“ gefunden. Wie hat dir die Plattform weitergeholfen? Was bietet sie?

Isabella: Also das war schon sehr hilfreich. Ich war mir ja am Anfang auch noch unsicher und ein bisschen blauäugig ist man ja auch. Bei der Registrierung hab ich gleich einen recht umfangreichen Fragebogen zugeschickt bekommen mit wichtigen Fragen, mit denen ich mich beschäftigen musste. Angefangen von der benötigten Ausbildung und Arbeitserfahrung bis hin zu persönlichen Fragen zur Lebensplanung oder so zwischenmenschliche Dinge – an was man halt alles denken muss. Auf Basis meines



Landwirtschaft ist wieder attraktiv.

Foto: ÖBV

Fragebogens habe ich dann gleich Höfe vorgeschlagen bekommen, die auch für mich in Frage gekommen sind. Da waren schon ein paar super Sachen dabei. Danach hab ich alleine weitergemacht, also die Höfe besucht, Leute kennengelernt und schließlich auch bei ein paar Betrieben zur Probe gearbeitet. Als es mit dem einen Hof dann ernster wurde, war die Plattform mit ihrem großen Infobereich rund um die Übergabe wieder sehr hilfreich.

Wie war es für dich, in so eine „fremde Welt“ einzusteigen? Hattest du vorher schon Erfahrungen mit landwirtschaftlicher Arbeit?

Isabella: Wir haben am Anfang ein Probejahr vereinbart, bei dem ich aber auch entlohnt wurde, um das ganze einfach mal auszuprobieren. Ich kann mich noch so gut mit den Leuten verstehen, gemeinsam zu arbeiten und zu leben ist dann oft doch wieder ganz etwas anderes. Das war übrigens auch ein wichtiger Tipp von anderen NeueinsteigerInnen.

Was hat dir neben der Plattform noch weitergeholfen? Habt ihr Unterstützung von der Kammer bekommen?

Isabella: Zu Beginn waren die Leute von der Kammer schon sehr skeptisch. Sie fanden unsere Ideen interessant, konnten sich aber nicht vorstellen, dass unser Konzept sich wirklich durchsetzt. Nachdem wir einige Übergaben gut begleitet haben, konnten wir sie aber überzeugen. Die Altbäuerin von dem Hof, auf dem ich jetzt bin, hat zum Beispiel über eine Infoschüre, die in der Bezirksbauernkammer aufliegt, von der Plattform erfahren. Mittlerweile gibt es fast flächendeckend in allen Bezirksbauernkammern in Österreich Informationsmaterial, was gerade für we-

niger Internet-affine Menschen sehr hilfreich ist. Aus Gesprächen wissen wir, dass ca. 50 % der Übergabenden auf diesem Weg von der Plattform erfahren haben.

Die Plattform „Perspektive Landwirtschaft“ hat mittlerweile schon über 4.000 Höfe vermittelt und erfährt weiter regen Zulauf. Was ist aus deiner Sicht das Erfolgsrezept der Plattform?

Isabella: Uns war es von Anfang an wichtig, auf verschiedenen Ebenen zu arbeiten. Die Hofbörse ist natürlich nach außen unser bekanntestes Projekt, jedoch nicht das einzige. Seit einigen Jahren gibt es mittlerweile ein Seminar zum Thema Hofgründung bzw. außerfamiliärer Hofübergabe an der BOKU und an allen landwirtschaftlichen Fachschulen in Österreich. Gerade die Bildungseinrichtungen haben früh erkannt, dass ihnen ohne NachfolgerInnen bald die Zielgruppe aus-

geht und haben dadurch von Anfang an gerne mit uns zusammengearbeitet.

Danke für das Gespräch!

jf, il



Arbeiten in der Natur und mit Tieren machen für viele junge Menschen den Beruf der Bäuerin und des Bauerns wieder reizvoll.

Foto: ÖBV

Wirtschaften für ein gutes Leben für alle

Das Bäuerinnenmanifest „Wirtschaften für ein gutes Leben für alle“ der österreichischen Berg- und KleinbäuerInnenvereinigung schlägt Wellen. Seit seiner Veröffentlichung entstehen in vielen Gemeinden Begegnungszentren für Frauen am Land, in denen sie einander stärken und Bildungsangebote in Anspruch nehmen können. Die Begegnungszentren sind Orte, in denen sich Menschen treffen, um gemeinsam Ideen für ein gutes Zusammenleben in der Gemeinde weiterzuentwickeln. Gleichzeitig findet innerhalb der Gemeinden ein echtes Umdenken statt: Die GemeindepolitikerInnen und die Verwaltung haben ein offenes Ohr für die Anliegen der Frauen und Mut, Neues auszuprobieren.

In Pregarten, einer größeren Gemeinde in Oberösterreich, wurde beispielsweise ein Visionsworkshop gemeinsam mit der Gemeinde organisiert. Dabei entstand die Idee einer selbstverwalteten Nachmittagsbetreuung für die Kinder. Die Größeren gehen nach der Schule in das neu entstandene Kinder- und Jugendhaus, in dem abwechselnd von Leuten aus der Gemeinde (sowohl von Frauen als auch Männern) gekocht wird. Die Kleineren werden nach dem Kindergarten, der nur am Vormittag geöffnet hat, abgeholt und können dann ebenfalls ins Kinder- und Jugendhaus kommen. Die Eltern wechseln sich in

der Betreuung ab und die Kosten für das Haus werden von der Gemeinde übernommen. Die Bürgermeisterin von Pregarten ist begeistert: „Es ist ein echtes Vorzeigeprojekt geworden. Ich möchte ein großes Danke an die Bäuerinnen bei uns im Ort aussprechen, dass sie diese Initiative ergriffen haben!“

Beim Lokalausgang der Bauern Post in der Küche des Kinder- und Jugendhauses fällt uns auch sofort auf, dass hier nicht nur das Mittagessen für die Kinder gekocht wird, sondern auch eine gemeinsame Verarbeitungsstätte für die bäuerlichen Produkte des Orts entstanden ist. Eine Grup-

pe von SyrerInnen und IrakerInnen bäckt jeden Morgen Brot für den großen Bioladen im Ort. Einmal pro Woche produzieren sie Nudeln. Die GärtnerInnen des Gemeinschaftsgartens kochen hier ein und in einer anderen Ecke des Gemeinschaftshauses wird Öl aus Lein, Leindotter und Sonnenblumenkernen aus der Region gepresst.

In diesem Kinder- und Jugendhaus wird die Vision, die im ÖBV-Bäuerinnenmanifest festgehalten wurde, deutlich spürbar. So kann der Weg zu einem Wirtschaften für ein gutes Leben für alle aussehen!

jf



Foto: whes

2015 konnte die „Wir haben es satt“-Plattform nur von der Umsetzung ihrer Forderungen träumen, heute sind wir ihrer Realisierung einige Riesenschritte näher. So wurde 2016 die Agrarwende eingeleitet.



Brotbacken in Pregarten

Foto: ÖBV